

«Zähes Ringen um die EU-Agrarpolitik» Schweizer Bauer, 2. Dezember, Seite 5

Es bleibt die im Beitrag nicht geklärte Frage, was will die EU-Kommission mit dem «Green Deal»?

In Wahrheit will die Kommission die Direktzahlungen kürzen, den Wettbewerb verschärfen, die EU Mercosur-kompatibel machen und im Gegenzug «innovative Umweltprogramme» auf den grünen Weg bringen. Von der Leyen vergleicht ihr Vorhaben des Green Deal mit einer «Mondlandung». Die EU-Kommission bezeichnet diese «Transformation» auf Kosten der Direktzahlungen als «Deal». In Wahrheit ist es eine «Allianz zwischen Befürwortern der Globalisierung/Entnationalisierung einerseits und der «Politischen Ökologie», die einander in die Hände arbeiten.

Was die am Spendentropf hängenden Schutzorganisationen und NGOs nicht verstehen, ist, dass die Agrarpolitik die systemische Unterbezahlung der Landwirtschaft nur lindern, aber nicht lösen kann. Der Druck der Preis-Kosten-Schere auf die landwirtschaftlichen Einkommen bleibt trotz Direktzahlungen ungebrochen wirksam.

Anstatt die Stützung der Landwirtschaft durch Direktzahlungen zu kritisieren, müsste das heisse Eisen der Ursachen der zu tiefen Produzentenpreise angepackt werden. Was machen aber die Schutzorganisationen? Sie reden über Klima, Artensterben, Gesundheitskosten, Biodiversität und bezeichnen die Landwirtschaft als Umweltverschmutzerin. Der Agrarschutz habe versagt, weil er nicht in der Lage sei, eine «vielfältige Landwirtschaft» zu erhalten. Dabei stellen sie sogar selbst richtig fest, dass auch die Direktzahlungen dem Druck der nachgelagerten Marktmacht unterliegen, somit also ökonomische Kräfte ausserhalb der Agrarpolitik diese Situation letztlich bestimmen. Dessen ungeachtet sehen sie auch nicht, dass, wenn man diese Einkommensstützungen wegen ihrer beschränkten Wirksamkeit streicht, das Dilemma der Unterbezahlung nicht gelöst wird, sondern sprunghaft ansteigen wird. Die alternative Finanzierung ökologischer Dienstleistungen ändert daran nichts.

Am Ende tendiert alles zu einer «selektiven Ökologie» mit vielen kaum noch überblickbaren Einzelinitiativen, Es resultiert der Rückzug der Produktion in die Nische. Übrig bleibt eine zerklüftete Inlandproduktion.

«From Farm to Fork» wie die EU-Kommission propagiert oder «Von der Heugabel zur Essgabel» wie unsere Qualitätsstrategen sagen, beide wollen aus der Wertschöpfungskette einen Mehrwert hervorzaubern, indem sie sagen, was in speziellen Nischen möglich sei, liesse sich auf die gesamte Lebensmittelproduktion übertragen bzw. verallgemeinern. Wenn sich dann zeigt, dass auch das nicht umsetzbar ist, folgt der nächste Schritt. Jetzt wird das «Ernährungssystem» mit Lenkungsabgaben gesteuert. Das heisst, weil man das Problem des fairen Preises nicht lösen kann oder besser gesagt nicht lösen will, fordern die Schutzorganisationen eine von oben gelenkte Welt — eine ökologisch regulierte Feudalordnung ganz im Sinne der global agierenden Konzerne. Dann wird es wie Schuppen von den Augen fallen, dass die «Agrarlobby» ein grün-linkes Phantom war.

Hans Bieri, SVIL, 8. Dezember 2020

PS: Dagegen laufen in der EU die Blockaden der Bauern vor den Logistikzentren der Grossverteiler, wie sie in der Schweiz schon vor genau 19 Jahren stattgefunden haben.